



15. Mai 2025

Anfrage zum Plenum des Herrn Abgeordneten Martin Böhm (AfD)

Gefahr des industriellen Niedergangs in Bayern

Ich frage die Staatsregierung:

Ist der Staatsregierung die von der EU-Kommission beauftragte Studie „Mapping the impact of industrial decline on European regions“ vom März 2025 bekannt und, sofern ja, teilt sie den darin vorgestellten Befund, dass Regionen in Bayern in besonderem Maße vom Niedergang wichtiger Schlüsselindustrien betroffen sind und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus diesem Befund?

Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Die Studie ist bekannt und untermauert die Einschätzung der Bayerischen Staatsregierung, dass das Verarbeitende Gewerbe, mit einem Anteil von 24,6 % an der Bruttowertschöpfung, das Fundament der bayerischen Wirtschaft darstellt. Aktuell ist das bayerische Verarbeitende Gewerbe stark von Herausforderungen betroffen, was sich im Jahr 2024 in einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 5,5% niederschlug.

Interessant sind vor allem die in der Studie identifizierten spezifischen Regionen, die überdurchschnittlich von einem industriellen Niedergang betroffen sein könnten. Hierbei handelt es sich insbesondere um Regionen mit einem hohen Anteil an Maschinenbau und Automobilindustrie. In Bayern sind Niederbayern und Oberbayern besonders stark in der Automobilindustrie aufgestellt. Der Maschinenbau ist in Franken, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben stark vertreten.

Erforderlich sind proaktive Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit der Industrien zu stärken und einen industriellen Niedergang abzuwenden. Zum einen auf Landesebene, beispielsweise bei Entscheidungen über Fördermittel oder die Ausrichtung von Investitionen im Rahmen der Regionalförderung. Zum anderen aber auch auf Bundesebene, etwa die Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau, die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung zu

wettbewerbsfähigen Preisen sowie der Abbau überbordender Bürokratie, welche in vielen Fällen durch gesetzliche Berichtspflichten von der Europäischen Kommission ausgeht.